



Eftlichen Inseln in der Südsee droht wegen des Klimawandels der Untergang.

FOTO: DPA

Kleinstaat Tuvalu bringt die Welt auf Trab

Bei der Klimakonferenz in Kopenhagen sind die Beteiligten ein Stück aufeinander zugegangen / Ehrgeizige Kohlendioxid-Reduktionsziele und Geld fehlen noch

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

KOPENHAGEN. Ein dänischer Entwurf für das Abschlusskommuniqué der Klimakonferenz in Kopenhagen hat eine Kaskade an Gegenvorschlägen ausgelöst. So wurden die wesentlichen Streitpunkte herausgearbeitet und nennenswerte Fortschritte hinsichtlich der Form des Abkommens von Kopenhagen erzielt.

„Die Konferenz ist ein Erfolg, bevor sie begonnen hat“, sagte Yvo de Boer, der Leiter der Klimaverhandlungen in Kopenhagen, zu Wochenbeginn. Alle wichtigen Länder haben Angebote für die Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen vorgelegt und mehr als 110 Staats- und Regierungschefs ihr Kommen angekündigt. Damit sind die Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss erfüllt. In der ersten Hälfte der Woche sorgte dann aber erst einmal ein dänisches Geheimpapier für Streit. Obwohl dieser Entwurf für das Abschlusskommuniqué bereits vor Konferenzbeginn erstellt und den wichtigsten Ländern bekannt war, reagierte der Vor-

sitzende der Gruppe der Entwicklungsländer mit viel Melodramatik auf dessen Veröffentlichung. Unter Tränen berichtete Lumumba Di-Aping Vertretern afrikanischer Staaten: „Wir wurden gebeten einen Selbstmordpakt zu unterzeichnen.“

Als Reaktion haben einige Schwellenländer ihr eigenes Geheimpapier erarbeitet. Brasilien, China, Indien, Südafrika und der Sudan lehnen darin verbindliche Grenzwerte für die Treibhausgasemissionen von Entwicklungsländern ab. Damit wollten sich die kleinen Inselstaaten, die wegen des steigenden Meeresspiegels vom Untergang bedroht sind, aber nicht abfinden. Tuvalu erhob die Forderung, ein Kopenhagen-Protokoll zu verabschieden mit dem Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Bislang strebt die Staatengemeinschaft eine Begrenzung auf zwei Grad an.

Der Vorschlag der Südseeinsulaner stieß prompt auf heftigen Widerstand Chinas, da ein 1,5-Grad-Ziel nur zu erreichen ist, wenn auch die Schwellenländer ihre Emissionen schnell massiv senken. China lehnte daher die Forderung Tuvalus ab. Da weder China noch Tuvalu bereit waren nachzugeben, mussten die

Verhandlungen am Donnerstag unterbrochen werden.

Am Freitag kam die Wende: Plötzlich liegen abgestimmte Entwürfe für das Ergebnis der Konferenz auf dem Tisch. Damit treten die Klimaverhandlungen in eine neue Phase ein: Nachdem bislang auf Diplomatenebene verhandelt wurde, schaffen die neuen Entwürfe die Grundlage für Gespräche auf Ministerebene. Bereits heute treffen sich in Kopenhagen Umweltminister aus der ganzen Welt, um eine Grundlage für die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs in der zweiten Hälfte der kommenden Woche zu legen. Dabei stehen drei Bereiche im Vordergrund:

ZIEL

Während die UN-Organisation Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC) im Jahr 2007 zum Schluss gekommen ist, dass eine Erwärmung um zwei Grad ein beherrschbares Risiko darstellt, mehrten sich nun wissenschaftliche Studien, die eine Begrenzung auf 1,5 Grad fordern. Dies wurde in den Verhandlungen bislang aber ausgeblendet und steht dank der Tuvalu wieder auf der Tagesordnung.

SCHWELLENLÄNDER

Gemäß der UN-Rahmenkonvention über den Klimawandel sind nur Industriestaaten dazu verpflichtet, ihre Emissionen zu senken. Mit Verweis darauf lehnen die Entwicklungsländer Obergrenzen für ihre Emissionen ab. Infolge des Tuvalu-Vorstoßes zeigt der bislang monolithische Block der Entwicklungsländer Risse. Wie zuvor schon die Industriestaaten verlangen nun auch die meisten Entwicklungsländer, dass die großen Schwellenländer China, Brasilien und Indonesien ihre Emissionen in absehbarer Zeit senken sollen.

RECHTSVERBINDLICHKEIT

Die meisten Beobachter hatten sich damit abgefunden, dass in Kopenhagen kein unterschriftsreifer Vertrag herauskommen würde. Mit den Entwürfen der Verhandlungsleiter sieht die Lage aber nun wieder anders aus: Nun besteht die Chance, dass rechtlich verbindliche Beschlüsse verabschiedet werden. So weit war die Welt im Kampf gegen den Klimawandel noch nie.

Was jetzt noch fehlt, sind ambitioniertere Reduktionsziele und Geld. Selbst die EU liegt mit ihrem Angebot, die Emissio-

nen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, unter dem von IPCC geforderten Minimum von 25 Prozent. Das Ergebnis: Mit den derzeit zugesicherten Emissionsenkungen erwärmt sich das Klima um 3,8 Grad (siehe Grafik).

In der Finanzfrage fehlt ebenfalls ein Befreiungsschlag. Diese Woche wurde viel über eine Anschubfinanzierung in der Höhe von zehn Milliarden Dollar pro Jahr für die Jahre 2010 bis 2012 diskutiert. Dadurch geriet der Finanzbedarf für die Zeit nach 2012 in den Hintergrund. Und dieser ist ungleich höher: Bis 2020 werden voraussichtlich 200 Milliarden Dollar pro Jahr benötigt.

Dass bei den inhaltlichen Fragen keine Fortschritte erzielt wurden, erstaunt allerdings nicht. Diese können letztlich nur die Staats- und Regierungschefs entscheiden. Wichtig ist, dass die Grundstruktur des Abkommens steht, so dass sich die Führer der Welt auf die eigentlichen Knackpunkte konzentrieren können.

Dass dies erreicht wurde, hat die Menschheit einem Kleinstaat in der Südsee zu verdanken: Tuvalu, 26 Quadratkilometer, 12 000 Einwohner, höchste Erhebung: 4,5 Meter über dem Meer.